

Folgt auf die „singende Revolution“ die „Regenschirmrevolution“ in Lettland?

Lettland befindet sich in der schwersten Regierungskrise seit der Unabhängigkeit des Landes im Jahre 1991. Für den 5. Dezember hat Premierminister Aigars Kalvitis den Rücktritt seiner Regierung angekündigt. Vorausgegangen waren die größten Demonstrationen in der jungen Geschichte des unabhängigen Lettlands.

Nach einer Reihe von fragwürdigen Entscheidungen und immer wiederkehrender Skandale des Regierungskabinetts gingen bislang zweimal – am 18. Oktober und 3. November - mehrere tausend Menschen in Riga auf die Straße, um gegen die Politik der Regierung Kalvitis zu protestieren.

Der Fall „Loskutovs“

Auslöser der tiefen Krise war die Entlassung des Direktors der Antikorruptionsbehörde (KNAB), Aleksejs Loskutovs, durch einen Kabinettsbeschluss am 16. Oktober. Kalvitis begründet diesen Schritt mit finanziellen Unregelmäßigkeiten, die bei der Überprüfung der Behörde aufgefallen seien. Kritiker stellen die Entlassung Loskutovs jedoch vielmehr in den Zusammenhang mit der jüngsten Veröffentlichung der Antikorruptionsbehörde über die Überschreitung der den Parteien gesetzlich vorgegebenen Wahlkampfbudgets durch die regierende Volkspartei und ihres Koalitionspartners LPP/LC bei den letzten Parlamentswahlen im Jahr 2006 um 189% bzw. 143%. Darüber hinaus befasste sich die Behörde in den vergangenen Wochen intensiv mit der undurchsichtigen Vergabe von Aufträgen zur Müllbeseitigung in Riga, an denen der Oligarch und Ex-Ministerpräsident Andris Skele als maßgeblicher Nutznießer beteiligt ist.

Just jener Herr Skele ist Gründer der Volkspartei und nach wie vor deren Hauptfinanzier und Förderer.

Noch am 23. Oktober überstand die Regierung eine Misstrauensabstimmung im Parlament, begleitet von Massenprotesten, zu denen zahlreiche Nichtregierungsorganisationen, Transparency International sowie die größte lettische Tageszeitung ‚Diena‘ aufgerufen hatten. Bei strömendem Regen versammelten sich schätzungsweise 5.000 verärgerte Bürger, Journalisten, Künstler, Intellektuelle und Oppositionspolitiker vor dem Parlamentsgebäude, um die Auflösung des Parlaments und den Rücktritt von Regierungschef Kalvitis zu fordern. In Anlehnung an die „singende Revolution“, die die friedliche Erlangung der Unabhängigkeit Lettlands in den Jahren 1990/91 einleitete, sprechen die Medien bereits von der „Regenschirmrevolution“, die die national-konservative Regierungskoalition aus dem Amt spülen könnte. Bei der zweiten Kundgebung am 3. November fanden sich erneut 8.500 Menschen ein, um den Protesten nochmals Nachdruck zu verleihen.

Auch innerhalb der eigenen Regierungsmannschaft ist Kalvitis längst nicht mehr unumstritten. Unlängst trat der populäre Außenminister Artis Papbriks von seinem Amt zurück. Der Minister für regionale und kommunale Entwicklung, Aigars Stokenbergs, ist nach seiner Kritik am Führungsstil seines Ministerpräsidenten nicht nur aus dem Kabinett, sondern gleich aus der Volkspartei geworfen worden. Der designierte Wirtschaftsminister Einars Cilinskis trat angesichts des herrschenden Chaos in der Regierung sein Ministeramt gar nicht

19. November 2007

www.kas.de/lettland

erst an. Zuletzt stellte Dagnija Stake ihr Amt als Sozialministerin im bereits stark ausgedünnten Kabinett zur Verfügung.

Die Rolle des Präsidenten

Bereits im Zuge der Proteste am 3. November, in deren Verlauf sich die Teilnehmer lautstark „Für ein rechtsstaatliches Lettland! Für gerechte Politik!“ aussprachen, wurden Forderungen nach der Auflösung des Parlaments laut. Der nach seiner Amtseinführung im Juli dieses Jahres nach wie vor um ein eigenständiges Profil ringende Präsident Valdis Zatlers, an den die Appelle gerichtet waren, nahm die Forderungen der Demonstranten auf, mahnte allerdings gleichermaßen zur Besonnenheit. „Die Demokratie sollte beim weiteren Vorgehen beachtet und jede Handlung einzig in Übereinstimmung mit der lettischen Verfassung durchgeführt werden“, mit diesen Worten richtete sich Zatlers während seines überraschenden Besuchs an die Demonstranten.

Die lettische Verfassung sieht die außerplanmäßige Auflösung des Parlaments durch den Präsidenten nur indirekt vor. Wenn der Eindruck entstände, dass Volk wende sich von seinen Vertretern im Parlament ab, kann der Präsident ein Referendum initiieren, das bei einem positiven Votum das Parlament auflösen und Neuwahlen herbeiführen könnte. Noch scheint der Druck für einen derartigen Schritt jedoch nicht hinreichend gegeben. Erschwerend bei der Entscheidungsfindung Zatlers' dürfte überdies seine indirekte Abhängigkeit von Kalvitis sein, der ihn erst gegen erhebliche Widerstände nominiert und anschließend durch die Koalitionsmehrheit im Parlament zum Nachfolger der überaus populären Präsidentin Vaira Vike-Freiberga wählen ließ.

Natürlich besteht darüber hinaus immer auch die Möglichkeit, dass einer der vier Koalitionspartner seine Regierungsmitarbeit aufkündigt und dadurch ein Weiterregieren unmöglich macht. Da jedoch augenscheinlich keine der an der Regierung beteiligten Parteien, einen Rückzug vom Kabinetttisch zum gegenwärtigen Zeitpunkt in Erwägung zieht, wird sich zwar am 5. Dezember eine neue Regierung konstituieren, an der par-

teipolitischen Konstellation wird sich hingegen voraussichtlich nichts ändern.

Fazit

Der angekündigte Rücktritt der Regierung Kalvitis ist die logische Konsequenz aus einer ganzen Reihe von politischen Fehleinschätzungen, bei denen der Fall „Loskutovs“ lediglich den Höhepunkt bildet. Die Absetzung Loskutovs musste unlängst revidiert werden und so versprach der neue, alte Direktor der Antikorruptionsbehörde bereits den Kampf gegen die zum System in Lettland gewordene Korruption mit unverminderter Aufmerksamkeit aufzudecken und zu bekämpfen.

Mittlerweile kursieren bereits erste Gerüchte, wer dem unglücklich agierenden Aigars Kalvitis im Amt des Regierungschefs nachfolgen könnte. Als aussichtsreichste Kandidaten gelten der ehemalige Botschafter Lettlands in den USA und zumindest für die kommenden zwei Wochen amtierende Außenminister, Maris Riekstins, der ehemalige Ministerpräsident Ivars Goldmanis sowie der Europaabgeordnete Roberts Zile. Neuwahlen, wie sie u.a. die prominente Oppositionspolitikerin und ehemalige EU-Kommissarin Sandra Kalniete fordert, scheinen zum gegenwärtigen Zeitpunkt dagegen eher unwahrscheinlich.

Unabhängig davon wer die nächste Regierung anführen wird, die Ereignisse der vergangenen Wochen manifestieren eine grundlegende Politik- und Parteienkrise in Lettland. Die zunächst bei den zurückliegenden Wahlen erhoffte Konsolidierung des Parteiensystems hat sich als nur vorläufig herausgestellt. Nach wie vor fehlt es allen Parteien an erkennbaren Konzepten für die Gestaltung der anstehenden Herausforderungen im Land. Neben den unübersehbaren Defiziten im Sozial-, Gesundheits- und Bildungsbereich, steht auch die lettische Wirtschaft vor gewaltigen Umbrüchen. Bereits für das kommende Jahr wird vor einem Abschwächen des Wirtschaftswachstums gewarnt. Die Inflation hat mittlerweile verheerende 11% erreicht. Die Lebenshaltungskosten sind für weite Kreise der Bevölkerung spürbar teurer geworden.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

AUSLANDSBÜRO LETTLAND

ANDREAS M. KLEIN

19. November 2007

www.kas.de/lettland

Zur mangelnden Transparenz in politischen Entscheidungsprozessen kommt die Führungskrise in nahezu allen Parteien, die von teilweise undurchsichtigen Patriarchen geführt bzw. gefördert werden, die einzig ihren eigenen wirtschaftlichen Interessen zugeneigt sind. Nicht umsonst spotten bereits kritische Stimmen, Lettland sei das einzige Land in der EU, in dem sich einige wenige Oligarchen eine Regierung halten. Die Demonstrationen der zurückliegenden Wochen haben aber auch gezeigt, dass das Volk und die gesellschaftliche Elite nicht mehr bereit sind, die politischen Missstände weiter hinzunehmen. So liegt in der Krise möglicherweise auch die Chance eines tatsächlichen Neubeginns in Lettland.